

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
G. Gewerberechtliche Grundlagen	1
§ 45 Gewerbeordnungs- und Anlagenrecht	1
I. Zur Einordnung des Gewerberechts	1
II. Rechtsgrundlagen und Entwicklung des Gewerberechts	1
1. Die Gewerbeordnung und gewerberechtliche Spezialgesetze . . .	1
2. Die Gewerbeordnung als Grundgesetz des Gewerberechts	2
3. Unionsrechtliche Grundlagen des Gewerberechts	3
a) Niederlassungs-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit	3
b) Die Berufsanerkennungsrichtlinie	3
c) Pro-Forma-Mitgliedschaft und weitere Modernisierung mitgliedstaatlicher Regelungen	4
d) Die Dienstleistungsrichtlinie	4
e) Diskriminierungsverbot und Verwaltungszusammenarbeit .	5
f) Mitgliedstaatliche Regelungsvorbehalte im Gewerberecht .	5
III. Zur Reform des Gewerberechts	6
1. Gescheiterte Reformversuche	6
2. Regelungsbedarf für neue gewerbliche Geschäftsmodelle?	7
3. Erprobungsklausel als Reformersatz?	8
4. Reform zwischen Deregulierung und Verrechtlichung	9
5. Zur Zweckmäßigkeit eines Gewerbegesetzbuches	10
6. Zur Kodifikation des Allgemeinen Teils als erste Reformstufe . .	10
7. Gewerbegesetzgebung nach der Föderalismusreform	11
IV. Gewerberecht als Sonderordnungs- und Wirtschaftsüberwachungsrecht	12
V. Gewerberechtliche Zuständigkeiten	12
1. Gewerbeordnungs- und Gewerbeaufsichtsbehörden	12
2. Gewerbeordnung und einheitliche Ansprechpartner	13
3. Gewerbeordnung und Spezialgesetze	13
VI. Allgemeine Bemerkungen zum Gewerbebegriff	14
1. Zur Teilregelung des Gewerbebegriffs	14
2. Zur Vielfalt des Gewerbebegriffs	15
a) Der klassische Gewerbebegriff im Wirtschaftsrecht	15
b) Zur Geschäftstätigkeit von Wirtschaftsakteuren	15
c) Zur Definition des Gewerbebegriffs	15
3. Gewerbsmäßigkeit und Gewerbsfähigkeit	16
4. Bagatellgewerbe	16
VII. Einzelmerkmale der Gewerbsmäßigkeit	17
1. Erlaubte Tätigkeit	17
2. Gewinnerzielungsabsicht	19
3. Selbstständige Tätigkeit und Scheinselbstständigkeit	20
4. Fortgesetzte Tätigkeit	22

Inhaltsverzeichnis

VIII. Einzelmerkmale der Gewerbsunfähigkeit	22
1. Urproduktion	22
2. Verwaltung eigenen Vermögens	24
3. Wissenschaftliche, künstlerische und schriftstellerische Berufe . .	24
4. Persönliche Dienstleistungen höherer Art und freie Berufe	25
a) Rechtsgrundlagen der Freiberuflichkeit	25
b) Zur Freiberuflichkeit von Apothekern, IT- und Beratungs- berufen	26
c) Zur Fragwürdigkeit der Sonderstellung der freien Berufe . .	27
d) Jüngere Definitions- und Abgrenzungsversuche	28
e) Zur Deregulierung der freien Berufe	29
f) Zur Qualifizierung von Misch Tätigkeiten	30
5. Monopole der öffentlichen Hand	30
IX. Gewerbearten und Gewerbefreiheit	31
1. Gewerbetypen	31
2. Gewerbefreiheit als Gewerbezulassungsfreiheit	31
a) Gewerbefreiheit als Rechtsprinzip und als subjektives Recht	31
b) Gewerbliche Tätigkeit von Ausländern	32
c) Die Gewerbezulassungsfreiheit	32
3. Gewerbefreiheit und Gewerbeausübung	33
4. Keine Gewerbefreiheit der öffentlichen Hand	33
X. Einzelpersonen und Gesellschaften als Gewerbetreibende	33
XI. Gewerberechtlicher Datenschutz	35
XII. Gewerbe- und Unternehmensregister	36
1. Gewerberegister	36
2. Handwerksrolle und Unternehmensverzeichnis	36
3. Unternehmensregister	36
4. Vermittlerregister	36
5. Bewacherregister	36
6. Wettbewerbsregister	37
7. Gewerbezentralregister	37
XIII. Elektronisierung der Gewerbeverwaltung	38
§ 46 Die Gewerbeordnung – Kerngesetz für Wirtschaft und Wirtschaftsverwal- tung	38
I. Grundsätze und Struktur des stehenden Gewerbes	38
1. Gewerbliche Niederlassung	38
2. Anzeigepflicht	39
a) Zweck der Anzeigepflicht	39
b) Anzeigepflichtige Tatbestände	40
c) Rechtsnatur der Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 GewO . .	41
3. Dienstleistungs- Informationspflichten	42
4. Stellvertretung	43
5. Gewerbeuntersagung	44
a) Bedeutung der Gewerbeuntersagung	44
b) Anwendungsbereich	44
c) Gewerbeuntersagung durch Spezialvorschriften	45
d) Allgemeine Voraussetzungen der Gewerbeuntersagung . . .	45

e)	Konkrete Tatsachen	45
f)	Unzuverlässigkeit.	46
g)	Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit der Untersagung	48
h)	Gewerbeuntersagungsverfahren	49
i)	Schließung der Betriebs- oder Geschäftsräume als Vollstreckungsmaßnahme	50
j)	Wiedergestattung des Gewerbes.	50
k)	Untersagung nach § 51 GewO.	51
6.	Auskunft und Nachschau	51
7.	Erscheinungsformen des stehenden Gewerbes und Zulassungs-begriff	51
8.	Formelle und materielle Gewerberechtswidrigkeit	52
a)	Begriff und Anwendungsbereich.	52
b)	Stilllegung als Ermessensvorschrift	53
c)	Stilllegung und Polizei- und Ordnungsrecht	53
d)	Stilllegung und Vollstreckung	54
9.	Formelle Gewerberechtswidrigkeit als Ordnungswidrigkeit und fehlende Zulassungskonzentration.	54
II.	Einzelne Personalerlaubnisse	54
1.	Personalerlaubnisse in Spezialgesetzen	54
2.	Zur Systematik der Personalerlaubnisse in der Gewerbeordnung	55
3.	Privatkrankenanstalten (§ 30 GewO).	55
4.	Bewachungsgewerbe auf Seeschiffen (§ 31 GewO).	56
5.	Schaustellung von Personen (§ 33a GewO).	57
6.	Glücksspielrecht und sonstiges Spielrecht (§§ 33c ff. GewO)	58
a)	Glücksspiele	59
b)	Sonstige Spiele	60
7.	Bewachungsgewerbe (§ 34a GewO).	61
a)	Erlaubnisvoraussetzungen	61
b)	Zur Novellierungsdiskussion	62
8.	Versteigerergewerbe (§ 34b GewO).	63
9.	Makler, Bauträger, Baubetreuer (§ 34c GewO)	64
10.	Versicherungsvermittler und Versicherungsberater (§§ 34d und e GewO).	65
11.	Finanzanlagenvermittler und Honorar-Finanzanlagenberater (§§ 34f–h GewO).	66
12.	Immobiliardarlehensvermittler (§§ 34i und j GewO)	67
13.	Öffentliche Bestellung von Sachverständigen (§ 36 GewO)	67
III.	Besonders überwachungsbedürftige Gewerbe	69
1.	Gewerbeüberwachung zwischen Anzeige- und Zulassungspflicht	69
2.	Zur Konzeption des besonders überwachungsbedürftigen Gewerbes	69
3.	Anwendungsbereich des § 38 GewO	70
4.	Einzelne Überwachungselemente	70
5.	Unionsrechtliche Vorgaben.	71
IV.	Reisegewerbe	71
1.	Begriff und Bedeutung.	71

Inhaltsverzeichnis

a)	Reisegewerbe zwischen Liberalisierung und Verbraucherschutz	71
b)	Modifizierter Gewerbebegriff	72
c)	Das Schlüsselmerkmal „ohne vorhergehende Bestellung“	73
2.	Erlaubnispflicht	74
3.	Internationale Gewerbelegitimationskarte	74
4.	Einstellung, Verhinderung und Geltungsbereich	74
5.	Inhaltsbeschränkung und Nebenbestimmungen	75
6.	Verbotene Tätigkeiten und Entziehung der Reisegewerbekarte	75
7.	Sonderfälle	75
8.	Wanderlager	76
V.	Messen, Ausstellungen, Märkte	76
1.	Offenheit des Veranstaltungsbegriffs	76
2.	Kommunale Veranstaltungen	78
3.	Straßenrechtliche Veranstaltungen	79
4.	Einzelne Veranstaltungstypen	79
5.	Veranstaltungsprivilegien und Grenzen	80
6.	Festsetzung, Versagung und Aufhebung von Veranstaltungen	81
7.	Veranstaltungsordnungen	82
H.	Spezielles Branchenrecht	83
§ 47	Gaststättenrecht	83
I.	Das Gaststättenrecht zwischen Bundes- und Landesrecht	83
1.	Die Entwicklungen im Überblick	83
2.	Kernanforderungen des Bundesgaststättengesetzes und der Landesgaststättengesetze im Vergleich	83
3.	Weitere Rechtsgrundlagen des Gaststättenrechts	84
II.	Fokus: Bundesgaststättengesetz	85
1.	Sachlicher Anwendungsbereich des Bundesgaststättengesetzes	86
2.	Gaststättenrechtliche Erscheinungsformen	86
3.	Erlaubnispflicht und Versagung	88
a)	Erlaubnispflicht des Gaststättengewerbes	88
b)	Versagungsgründe	88
c)	Formbedürftigkeit und Raumbezogenheit	90
d)	Nebenbestimmungen und Stellvertretung	90
e)	Gaststättenerlaubnis und andere Erlaubnisse	91
f)	Gaststättenerlaubnis und Anzeigepflichten	92
4.	Rücknahme, Widerruf und Erlöschen	92
5.	Besondere Gaststättenerlaubnisse	92
a)	Vorläufige Erlaubnis	92
b)	Gestattung	93
c)	Stellvertretererlaubnis	93
6.	Erlaubnisfreie Gaststättenbetriebe	93
7.	Ausübungsregelungen	94
a)	Erbringung von Nebenleistungen	94
b)	Allgemeine Ausübungsbeschränkungen	94
8.	Auskunft und Nachschau	95

§ 48 Handwerksrecht	95
I. Rechtsgrundlagen des Handwerksrechts	95
1. Unionsrechtliches Anerkennungs- und Liberalisierungsprinzip . .	95
2. Nationales Recht und Selbstverwaltungsrecht	96
II. Zielsetzungen des Handwerksrechts	96
1. Erhaltung des Handwerks als Berufsstand	96
2. Zur Gefahrenabwehr	96
3. Die Gefahrenhandwerke der Anlage A	97
III. Unionsrechtliche und verfassungsrechtliche Diskussion der Meisterprüfung	97
1. Die Meisterprüfung auf dem Prüfstand des Unionsrechts	97
2. Meisterprüfung und Grundgesetz	97
IV. Handwerksbetrieb und Gewerbebetrieb	98
1. Der Handwerksbetrieb i. S. d. § 1 Abs. 2 HwO	98
2. Der Handwerksbetrieb als stehendes Gewerbe	99
3. Handwerksfähigkeit	99
a) Gewerbe im Sinne der Anlage A	99
b) Wesentliche Handwerkstätigkeiten	100
V. Handwerksmäßigkeit	101
1. Handwerksbetrieb und Industriebetrieb	101
2. Einzelne Abgrenzungskriterien	102
3. Handwerk als geistiges Werk	103
VI. Formen des Handwerksbetriebs	103
1. Der handwerkliche Nebenbetrieb	103
2. Der handwerkliche Hilfsbetrieb	105
VII. Handwerksrolle und Befähigungsnachweis	105
1. Meisterprüfung als Gewerbeerlaubnis	105
2. Personaler Anwendungsbereich der Handwerksrolleneintragung	106
3. Handwerksrolle und Handwerkskarte	107
4. Ausnahmegewilligungen	107
a) Ausnahmen für Deutsche ohne Meisterprüfung	107
b) Ausnahmen nach dem Berufsbildungsgesetz	108
c) Ausnahmen für EU- und EWR-Angehörige	108
d) Keine Ausnahmegewilligung für grenzüberschreitende Dienstleistungen	108
5. Handwerksrolleneintragung und der Betrieb anderer Handwerke	109
a) Arbeiten in anderen Handwerken bei Fachzusammenhang oder wirtschaftlicher Ergänzung	109
b) Betreiben verwandter Handwerke	109
c) Betreiben weiterer Handwerksgewerbe	110
6. Verwaltungszuständigkeiten	110
VIII. Stellvertretung und Fortführung	110
IX. Überwachung des Handwerksbetriebes und Löschung	110
1. Handwerksrechtliche Untersagung und Schließung	110
2. Gewerberechtliche Untersagung	111
3. Löschung in der Handwerksrolle	111
X. Das zulassungsfreie und das handwerksähnliche Gewerbe	112

Inhaltsverzeichnis

1.	Kennzeichen der Handwerksähnlichkeit	112
2.	Begrenzte Anwendbarkeit der Handwerksordnung.	112
XI.	Berufsbildung im Handwerk und Ausbildungseignung.	113
§ 49	Personen- und Güterbeförderungsrecht	114
I.	Grundlagen des Personen- und Güterbeförderungsrechts	114
1.	Eingrenzungen	114
2.	Rechtsgrundlagen	114
a)	Internationales Recht	114
b)	Unionsrecht	115
c)	Nationales Recht.	116
d)	Räumlicher Geltungsbereich und grenzüberschreitender Verkehr	118
3.	Ziele.	118
II.	Personenbeförderungsgesetz	119
1.	Umfang der Genehmigungspflicht	119
2.	Voraussetzungen der Genehmigung	120
3.	Weitere Einzelheiten zur Genehmigung	121
III.	Güterkraftverkehrsgesetz	122
1.	Umfang der Erlaubnispflicht	122
2.	Voraussetzungen der Erlaubnis	123
3.	Weitere Einzelheiten zur Erlaubnis	123
§ 50	Energiewirtschaftsrecht	124
I.	Regulierungsrechtliche Grundlagen im Energiewirtschaftsgesetz	124
1.	Das Energiewirtschaftsgesetz als Regulierungsgesetz.	124
2.	Regulierungsziele	125
3.	Regulierungsinstrumente	126
II.	Herausforderung: Netzausbau	126
1.	Das Akzeptanzproblem	127
2.	Ein neues Infrastrukturrealisierungsmodell als Grundlage des Netzausbaus	127
3.	Zweckmäßigkeitsaspekte	129
4.	Rechtliche Machbarkeit.	130
5.	Ausblick	131
§ 51	Medienwirtschaftsrecht	131
I.	Bedeutung, Zielsetzung und Begriff des Medienwirtschaftsrechts	131
1.	Historische und aktuelle Bedeutung des Medienwirtschafts- rechts als Regulierungsrecht	131
2.	Zur Zielsetzung des Medienwirtschaftsrechts	132
3.	Zum Begriff des Medienwirtschaftsverwaltungsrechts	133
II.	Weltwirtschaftsrechtliche Grundlagen des Medienwirtschaftsrechts	133
1.	Zur Internationalität des Medienwirtschaftsrechts	133
2.	Internationaler Handel mit Telekommunikationsdienstleistun- gen.	134
3.	Internationale Bekämpfung der Internet-Kriminalität	134
4.	Schutz vor geistiger Produktpiraterie	134
III.	Unionsrechtliche Grundlagen des Medienwirtschaftsverwaltungs- rechts	135
1.	Medienwirtschaft versus Kultur	135

2.	Medienwirtschaftsrecht als Ausdruck der Dienstleistungsfreiheit	135
a)	Zum Dienstleistungscharakter	135
b)	Zur Entgeltlichkeit der Dienstleistungen	136
3.	Schranken der Dienstleistungsfreiheit.	136
4.	Herkunftslandprinzip	137
5.	Sekundärrechtliches Medienwirtschaftsverwaltungsrecht.	137
a)	Liberalisierung des staatsmonopolisierten Telekommunikationssektors	137
b)	Erste Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung von Medientätigkeiten	137
c)	Die weitere Vereinheitlichung elektronischer Kommunikationsdienste und Kommunikationsnetze	137
d)	Keine Geltung der Dienstleistungsrichtlinie	139
6.	EU-Beihilferecht	140
7.	Sonstige medienwirtschaftsrelevante Unionspolitiken	140
8.	Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit	140
IV.	Das nationale Recht der Informations- und Kommunikationsdienstwirtschaft.	141
1.	Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten	141
2.	Gewährleistungsverantwortung des Bundes für Telekommunikationsdienstleistungen	142
3.	Doppelzuständigkeit und Zusammenarbeit mit anderen Behörden	143
4.	Die Rolle der Monopolkommission	143
5.	EU-Regulierungsbehörde	143
V.	Die Ausgestaltung des Telekommunikationsrechts	144
1.	Die Gesetzeszwecke der Telekommunikationsregulierung	144
2.	Telekommunikationsrecht als Teil des Wirtschaftsüberwachungsrechts	144
VI.	Das überwachungsrechtliche Instrumentarium des Telekommunikationsrechts	145
1.	Das neue Rechtsregime der Aufnahmeüberwachung.	145
2.	Meldepflicht als Instrument der Aufnahmeüberwachung.	145
3.	Instrumente der Ausübungsüberwachung	146
a)	Informationspflichten gegenüber der Bundesnetzagentur	146
b)	Auskunftspflichten.	147
c)	Betreiberpflichten zur Ermöglichung der Fernmeldeüberwachung	147
d)	Nummerierungspflichten von Betreibern und Anbietern und Befugnisse der Bundesnetzagentur	147
e)	Untersagung der Betreiber- oder Anbietertätigkeit.	147
f)	Universaldienstleistungspflicht und Universaldienstleistungsabgaben	148
4.	Frequenzüberwachung.	148
a)	Frequenzzuteilung als Allgemein- oder Einzelzuteilung	148
b)	Spezielles Frequenzvergabeverfahren.	148
c)	Widerruf und Rücknahme der Frequenzzuteilung	149
d)	Überwachung der Frequenznutzung	149
e)	Frequenzhandel.	149

Inhaltsverzeichnis

5.	Systemwechsel bei der Regulierungsfinanzierung	149
VII.	Zur inhaltlichen Regulierung der Informations- und Kommunika- tionsdienste	150
1.	Begriffliche Abgrenzungen	150
a)	Zum Telemedienbegriff	150
b)	Abgrenzung zu Telekommunikationsdiensten	150
c)	Abgrenzung zum Rundfunk	151
2.	Zulassungs- und Anmeldefreiheit der Telemediendienste	151
3.	Zur Aufnahmeüberwachung bei Telemediendiensten	151
a)	Gewerberecht	151
b)	Banken- und Kreditwirtschaftsrecht	152
c)	Telekommunikationsrecht	152
4.	Zur Aufnahmeüberwachung bei Telemediendiensten	152
a)	Gewerbe- und Telekommunikationsrecht	152
b)	Verhältnis von Telemediendiensten und Rundfunk	152
5.	Ausübungsüberwachung bei Telemediendiensten	152
a)	Kennzeichnungs- und Sorgfaltspflichten, Werbung	152
b)	Inhaltsüberwachung aus Gründen des Jugendschutzes	152
6.	Organisation der Überwachung von Telemediendiensten	153
VIII.	Kommunikationsdatenschutz und Zertifizierungsdiensteanbieter	153
IX.	Zur internationalen kommunikationsrechtlichen Dimension	153
§ 52	Kreislaufwirtschaftsrecht	154
I.	Abfallwirtschaft	154
1.	Abfallwirtschaft zwischen öffentlicher und privater Verantwor- tung	154
2.	Abfallwirtschaft zwischen Wirtschaftsverwaltungs- und Umwelt- recht	156
II.	Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten	157
1.	Die EU als Entsorgungunion	157
2.	Die mitgliedstaatliche Verantwortung für die Abfallwirtschaft	157
3.	Landesrechtliche Regelungsspielräume	158
4.	Selbstverwaltung und Vollzug	158
III.	Abfall als Gegenstand des Kreislaufwirtschaftsrechts	159
IV.	Zweck und Grundsätze der Abfallwirtschaft	160
V.	Kreislaufwirtschaftsrechtliche Unternehmerpflichten und Selbstbe- schränkungsabkommen	161
1.	Das Pflichtenprogramm des KrWG	161
2.	Duales System	162
3.	Pfanderhebungspflicht für Einwegverpackungen	162
VI.	Kreislaufwirtschaftsrechtliche Berufsfelder	162
1.	Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen	162
2.	Entsorgungsfachbetrieb	163
3.	Betrieb von Abfallbeseitigungs- und Recyclinganlagen	163
4.	Beauftragung Privater mit Entsorgungsaufgaben	163
5.	Abholung von Verkaufs- und Serviceverpackungen sowie von Elektrogeräten	163
VII.	Allgemeine Überwachung	164
VIII.	Überwachung durch die Öffentlichkeit	164

IX.	Abfallabgabe und Finanzgarantien	164
X.	Abwasserwirtschaftsrecht	164
§ 53	Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaftsrecht	165
I.	Bedeutung und Entwicklung des Lebensmittel- und Ernährungswirtschaftsrechts	165
1.	Entwicklungslinien des Lebensmittel- und Ernährungswirtschaftsrechts	165
2.	Lebensmittelwirtschaftsrecht als Risikoverwaltungsrecht.	166
3.	Gesundheitsschutz als EU-Ziel	167
4.	Die Lebensmittelbasisverordnung als Kodifizierung der Unionspolitik	167
II.	Zweck und Begriff des Lebensmittelwirtschaftsrechts	168
1.	Gesundheits- und Verbraucherschutz	168
2.	Schutz vor Täuschung und Irreführung sowie Informationsrechte	168
3.	Wettbewerbsschutz und Lebensmittelsicherheit	169
4.	Lebensmittel- und Lebensmittelwirtschaftsrecht.	169
III.	Rechtsgrundlagen des Lebensmittelwirtschaftsrechts	170
1.	Internationales Lebensmittelwirtschaftsrecht	170
a)	GATT/WTO-Recht	170
b)	Codex Alimentarius	170
c)	Staatsverträge	171
2.	Unionsrechtliches Lebensmittelwirtschaftsrecht	171
a)	Verwirklichung des Lebensmittelbinnenmarktes	171
b)	Die Verordnung über allgemeine Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts als Basisverordnung.	172
c)	Das Lebensmittelhygienerecht als Sicherheitsstandard	173
d)	Die Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel	174
e)	Die Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel.	175
3.	Nationales und regionales Lebensmittelwirtschaftsrecht	175
4.	Das LFGB und seine Nebengesetze	176
a)	Grundkonzeption des LFGB	176
b)	Basisverordnung und LFGB	177
5.	Lebensmittelbuch und Richtlinien der Verbände	177
IV.	Die Regelungsgegenstände des LFGB	178
1.	Geschützter Personenkreis	178
2.	Verkehr mit Lebensmitteln.	179
3.	Verkehr mit Futtermitteln	180
4.	Verkehr mit kosmetischen Mitteln.	180
5.	Verkehr mit sonstigen Bedarfsgegenständen	181
V.	Marktfreiheit und Verbote des LFGB	182
1.	Das Lebensmittelrecht zwischen Marktfreiheit, Zulassung und Verboten.	182
2.	Schutz der Gesundheit.	182
a)	Verbote zum Schutz der Gesundheit	182
b)	Ermächtigungen zum Schutz der Gesundheit	184

Inhaltsverzeichnis

3.	Schutz vor Täuschung	184
a)	Verbote zum Schutz vor Täuschung	184
b)	Ermächtigungen zum Schutz vor Täuschung	185
VI.	Lebensmittelorganisation und -überwachung	186
1.	Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit	186
2.	Das Bundesinstitut für Risikobewertung	187
3.	Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	187
4.	Landesrechtliche Zuständigkeiten	187
5.	Überwachungsbefugnisse	188
6.	Pflichten der von Überwachungsmaßnahmen betroffenen Personen	190
7.	Organisation der Lebensmittelüberwachung	190
8.	Gewerbeuntersagung	190
VII.	Zur Unternehmerverantwortung für Lebens- und Futtermittel	191
§ 54	Produktsicherheitsrecht	191
I.	Wirtschaftliche Bedeutung des Produktsicherheitsrechts	191
II.	Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten	192
1.	Unionsrechtliche Rechtsgrundlagen	192
a)	Kern- statt Vollharmonisierung	192
b)	Rechtsakte der Union	193
2.	Nationale Rechtsgrundlagen	194
3.	Europäische und nationale Normung	195
4.	Verwaltungszuständigkeiten	195
III.	Zielsetzungen, Prinzipien und Abgrenzung	196
1.	Ziele des Produktsicherheitsrechts	196
2.	Prinzipien des Produktsicherheitsrechts	196
a)	Vorsorgeprinzip	196
b)	Kooperationsprinzip	197
c)	Eigenverantwortungsprinzip	197
d)	Verhältnismäßigkeitsprinzip	197
IV.	Anwendungsbereich des Produktsicherheitsrechts	198
1.	Sachlicher Anwendungsbereich	198
2.	Persönlicher Anwendungsbereich	198
V.	Pflichtenprogramm	198
VI.	Überwachung der Produktsicherheit	199
1.	Marktüberwachung	199
2.	Anordnungsbefugnisse	199
a)	Produktsicherheitsrechtliche Generalklausel	199
b)	Standardmaßnahmen	199
c)	Behördenwarnungen	200
d)	Vorrang von Eigenmaßnahmen	200
e)	Adressat von Gefahrenabwehrmaßnahmen	200
3.	Überwachungsbefugnisse	201
I.	Branchenübergreifende Querschnittsmaterien	202
§ 55	Ladenöffnungsrecht	202
I.	Rechtsgrundlagen	202

1.	Ladenöffnungsrecht als Querschnittsmaterie	202
2.	Ladenöffnungsrecht als Landeskompetenz	202
II.	Anwendungsbereich der Ladenöffnungsgesetze	202
1.	Feilhalten in Verkaufsstellen	202
2.	Gewerbliches Feilhalten außerhalb von Verkaufsstellen	203
3.	Zubehörverkauf	204
III.	Zielsetzungen	204
1.	Schutz der Konsum-, Unternehmer- und Arbeitnehmerfreiheit	204
2.	Ladenöffnungsrecht und Arbeitszeitrecht	205
3.	Verbraucherschutz	205
4.	Zum Sonn- und Feiertagsschutz	205
IV.	Besondere Öffnungsbedürfnisse an Sonn- und Feiertagen	205
1.	Ganztägiges Offenhalten bestimmter Verkaufsstellen	205
2.	Temporäres Offenhalten bestimmter Verkaufsstellen	206
V.	Zuständigkeiten	206
VI.	Zur subjektivrechtlichen Stellung der Kirchen	206
§ 56	Subventionsrecht	207
I.	Subventionsrecht als Wirtschaftsförderungsrecht	207
II.	Rechtsgrundlagen des Subventionsrechts	207
1.	Der GATT/WTO Subventionskodex	207
2.	Das EU-Beihilferecht	207
3.	Rechtsgrundlagen des nationalen Subventionsrechts	208
III.	Zur Vielfalt des Subventionsbegriffs	209
1.	Verwaltungsrechtlicher Subventionsbegriff	209
2.	Strafrechtlicher Subventionsbegriff	209
3.	Rechtswissenschaftlicher Subventionsbegriff und EU-Beihilfebegriff	210
4.	Subventionsbegriff und Subventionsverhältnis	211
IV.	Das Subventionsverhältnis als Rechtsverhältnis	211
V.	Ansprüche, Ermessen und Beurteilungsspielraum	212
VI.	Verwaltungsverfahren und Subventionszweck	213
1.	Informelles Subventionsverfahren	213
2.	Formelles Subventionsverfahren	213
3.	Zur Konkretisierung des Subventionszwecks	214
4.	Anhörungspflichten und Beachtung der Startverbotsklausel	214
5.	Verfahrensabschluss und Sicherung des Rückzahlungsanspruchs	215
6.	Haushaltsinternes Verwaltungsverfahren	215
VII.	Das EU-Beihilfeverfahren	215
1.	Die Subventionsverfahrensverordnung als zentrale Regelungsmaterie	215
2.	Verfahren bei angemeldeten neuen Beihilfen	216
a)	Anmeldepflicht und Notifikationsverzicht	216
b)	Die Mehrstufigkeit des präventiven Verfahrens	219
3.	Verfahren bei rechtswidrigen Beihilfen	221
4.	Verfahren bei missbräuchlicher Anwendung von Beihilfen	222
5.	Verfahren bei bestehenden Beihilferegelungen	223
6.	Verfahrensinstrumente zur Überwachung	223
VIII.	Das GATT/WTO-Subventionsverfahren	223

Inhaltsverzeichnis

1.	Notifikations- und Überwachungsverfahren	223
2.	Konsultationsverfahren und Abhilfemaßnahmen	224
IX.	Handlungsformen	224
1.	Der Subventionsbewilligungsbescheid	224
2.	Die vorläufige Subventionsbewilligung.	226
3.	Subventionszusagen	226
4.	Der öffentlich-rechtliche Subventionsvertrag.	226
5.	Der privatrechtliche Subventionsvertrag	227
X.	Abwicklung von Subventionen	228
XI.	Rückabwicklung von Subventionen	228
1.	Aufhebungsentscheidung und Erstattungsanspruch	228
2.	Rücknahme und Widerruf	228
a)	Rücknahme eines Bewilligungsbescheides	228
b)	Widerruf eines Bewilligungsbescheides	229
3.	Zur Entbehrlichkeit von Widerruf und Rücknahme bei beding- ter oder vorläufiger Subventionierung	230
4.	Rücknahme und Widerruf als Ermessenshandlungen	230
5.	Rückabwicklung unionsrechtswidriger Subventionen	231
a)	Formelle und materielle Rechtswidrigkeit sowie miss- bräuchliche Anwendung von Beihilfen	231
b)	Das anzuwendende Verfahrensrecht	231
c)	Unionsrechtliche Ermessensbindungen	233
d)	Zum Vertrauensschutz des Subventionsempfängers im Unionsrecht	233
e)	Rücknahmefrist und Unionsrecht.	233
f)	Erstattungsanspruch und Verzögerungszinsen.	234
6.	Rückabwicklung bei öffentlich-rechtlichem und privatrechtli- chem Subventionsvertrag.	235
XII.	Haushaltsrechtliche Subventionskürzung und Subventionseinstellung.	236
XIII.	Subventionskontrolle	237
	Stichwortverzeichnis	239